

## **Die Sache mit der Inklusion**

Warum wir Überzeugungen und Absichten ablegen  
und die Betroffenen selbst entscheiden sollen

*Die „totale Aufgabe des Sonderschulsystems“ fordert Inklusionsforscher Georg Feuser im Standard-Interview vom 27.2.2017 und schwingt dabei die moralische Keule derart wild, dass es mich fast aus den Socken haut: Sonderschulen existieren im deutschsprachigen Raum aufgrund einer teuflischen Mixtur aus rassistisch-faschistischer Denkweise und neoliberaler Wirtschaftsordnung. Es ist für mich schwer zu ertragen, dass Themen wie Bildung, Behinderung und Teilhabe mit Kampfbegriffen aufgeladen und ideologisch untermauert werden. Ich bin begeisterter Inklusionsbefürworter. Aber ich bin auch begeisterter Sonderschulpädagoge. Geht nicht? Geht doch.*

Die Frage ob Kinder mit Behinderungen an einer gemeinsamen Schule bessere Chancen haben als an einer Sonderschule, begleitet mich seit gut 20 Jahren. Damals gab es im wissenschaftlichen Diskurs noch nicht den Anspruch einer Pauschallösung. Vielmehr war man der Meinung, die Problemstellung muss von Kind zu Kind individuell beurteilt und entschieden werden – in der Praxis stand man jedoch vor dem Problem, dass es zu wenige Plätze an Regelschulen für Kinder mit Behinderungen gab. Die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2008 beschleunigte die Entwicklung von integrativen Schulstandorten bei uns in Österreich: Im Artikel 24 der Konvention heißt es nämlich, dass Kindern mit Behinderungen der Zugang zu inklusivem Unterricht ermöglicht werden muss.

### **Deutungshoheit durch Ideologien und Politik**

Seitdem, also seit fast 10 Jahren, tobt vor allem in den deutschsprachigen Ländern ein Streit über die Auslegung dieses Artikels. Inklusionsexperten und -expertinnen sehen darin eine gesetzliche Verpflichtung, alle Kinder gemeinsam zu unterrichten. So mancher Politiker und so manche Politikerin sieht darin die Möglichkeit, über den Umweg der UN-Behindertenkonvention das Ideal einer Gesamt- oder Gemeinschaftsschule zu realisieren. Ziemlich viel Ideologie und ziemlich viel Politik also in einer Frage, die das Leben von tausenden Kindern und deren Familien höchstpersönlich betrifft. Gut gemeint. Aber manchmal vielleicht auch das Gegenteil davon.

Wer für einen kurzen Moment die Brille seiner persönlichen Überzeugungen und politischen Absichten ablegt, stellt fest, dass Artikel 24 der Behindertenrechtskonvention keine eindeutigen Schlussfolgerungen pro oder kontra Sonderschulwesen erkennen lässt. In Folge dessen kann er je nach politischer Motivation, Lust und Laune ausgelegt werden. Wer seine Brille noch kurz liegen lässt und sich die österreichische Schullandschaft anschaut, findet darin Best-Practice-Modelle, in denen sich Kinder mit Behinderungen prächtig entwickeln und an Bildungsprozessen teilhaben können – sowohl an Inklusionsschulen als auch an Schulen, die speziell auf Kinder mit Beeinträchtigungen eingestellt sind.

## **Inklusive und exklusive Schulmodelle funktionieren**

Ich bin Inklusionsbefürworter. Denn als Lehrer an einer Inklusionsschule in Wien konnte ich 13 Jahre lang miterleben, wie normal es für Kinder ist, anders zu sein. In dieser Schule, in der alle Klassen inklusiv, altersgemischt und reformpädagogisch geführt werden, ist es selbstverständlich, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam spielen, lachen, streiten, entdecken und lernen. Ich bin aber auch überzeugter Sonderschulpädagoge, denn seit 4 Jahren unterrichte an einer Schule in Salzburg, die speziell auf die Bedarfe von körperbehinderten und chronisch kranken Schülern und Schülerinnen ausgerichtet ist. Das bedeutet, dass neben Lehrpersonal, ein Physio- und Ergotherapie-Team, Diplom-Krankenpflegepersonal und Betreuungspersonal vor Ort ist. Das bedeutet, dass spezifisches, aktuelles und körperbehindertenpädagogisches Wissen (Assistierende Technologien, Unterstützte Kommunikation, Basale Stimulation usw.) allen hier arbeitenden Personen zur Verfügung steht. Das bedeutet, dass Hilfsmittel zur Unterstützung von Kommunikation, Mobilität sowie zur Erhaltung von Körperfunktionen professionell zur Anwendung kommen. Das bedeutet, dass Eltern und Kinder als Teil des interdisziplinären Teams angesehen werden und gemeinsam mit dem Schulteam versuchen, Lösungen für die Herausforderungen ihres Alltags (Schmerzen, Pflegehandlungen, Umgang mit progredienten Erkrankungen usw.) zu finden. Die Kinder an dieser Schule lachen, streiten, entdecken und lernen mit der gleichen Begeisterung wie ich sie an meiner Inklusionsschule kennen gelernt habe. Sie schließen Freundschaften mit anderen Kindern, die ähnliche Probleme haben und können oft erst mit deren Hilfe ihre Behinderung als Teil ihrer Identität akzeptieren. Ähnliche Prozesse finden bei den Eltern statt – Stichwort: Community.

## **Teilhabe und Empowerment selbst bestimmen**

Laut dem „Nationalen Aktionsplan Behinderung“ sollen in Österreich bis zum Jahr 2020 Sonderschulen nach und nach abgeschafft werden. Gerade weil ich Inklusionsbefürworter bin, möchte ich, dass ein qualitativ hochwertiges Sonderschulwesen den betroffenen Kindern und ihren Familien als Alternative weiterhin zur Verfügung steht. Als Sonderschulpädagoge weiß ich, wie zentral Selbstbestimmung für Menschen ist, die weitgehend fremdbestimmt werden. Menschen mit Behinderungen und deren Familien wissen selbst, welcher Bildungsweg der richtige für sie ist. Was sie benötigen, ist eine echte Wahl aus verschiedenen Modellen: Teilhabe am inklusiven Unterricht, Empowerment in einer Spezialschule oder Gelegenheiten, beides zu nutzen. Das hat nichts mit Turbokapitalismus zu tun. Das muss schon gar nicht mit Rassismus und Faschismus in Zusammenhang gebracht werden. Selbstbestimmung, Autonomie und freie Wahl sind Teil der Menschenwürde.



Thomas Urschitz ist Sonderschulpädagoge. Er arbeitete 13 Jahre an der „Integrativen Lernwerkstatt Brigittenau“ in Wien und ist seit 4 Jahren Lehrer an der Schule für körperbehinderte Kinder in Salzburg.